



iran-report

Nr. 03/2004

ایران رپورت

I. Innenpolitik

25-jähriges Jubiläum der Revolution / Wie erwartet: Konservative siegen bei Parlamentswahlen / Acht Tote am Wahltag / Wächterratt kündigt Abkehr vom Reformkurs an / Das Lager der Konservativen / Verbot von zwei Zeitungen / Agenturen für Arbeitsvermittlung an Frauen / Über 320 Tote bei Explosion eines Güterzugs /

II. Wirtschaft

WTO lehnt Irans Aufnahmeantrag abermals ab / Japan und Iran schließen milliardenschweres Abkommen zur Ölförderung / Frankreich, Malaysia und Iran produzieren gemeinsam Flüssiggas / D-8-Gipfel in Teheran / Benzin soll ab Sommer rationiert werden

III. Außenpolitik

Inspektoren finden Teile moderner Uranzentrifuge in Iran / Pakistani-scher Atomwissenschaftler soll Zentrifugenteile an Iran verkauft haben / Reaktionen der EU und USA auf die Wahlen in Iran / Vorsitzender der britisch-iranischen Handelskammer legte Amt nieder / Deutschland unterstützt Wiederaufbau der vom Erdbeben zerstörten Stadt Bam / Prinz Charles' überraschender Besuch in Iran / Botschafter Deutschlands in Teheran traf Ayatollah Montazeri / Deutsche Justiz ermittelt erneut gegen Auftragskiller

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 04/2004 Anfang April) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im März 2004

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
lorenz@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

3. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik

25-jähriges Jubiläum der Revolution

Die iranische Staatsführung feierte am 11. Februar das 25-jährige Jubiläum der islamischen Revolution. Am 11. Februar 1979 hatten die Streitkräfte ihre Neutralität erklärt. Der letzte, vom Schah ernannte Ministerpräsident, Schahpur Bachtiar, tauchte unter, der Rundfunk, der bereits zuvor von den Aufständischen besetzt worden war, verkündete den Sturz der Monarchie und den Sieg der Revolution.

Schon an den Vortagen des Jubiläums hatten Rundfunk und Fernsehen bzw. führende Politiker und Geistliche an das Volk appelliert, an der Feier teilzunehmen. Tatsächlich beteiligten sich landesweit Millionen an den Kundgebungen. In der Hauptstadt Teheran versammelten sich auf dem Platz der Freiheit rund Hunderttausend Menschen, von denen die meisten offensichtlich aus der Provinz stammten. Die herrschenden Islamisten wollten, auch dem Ausland gegenüber, Macht und Stärke demonstrieren. Mehr als fünftausend Busse brachten am Vorabend und während der Nacht Menschen aus den umliegenden Dörfern in die Hauptstadt. Überschattet wurde die Feier von der politischen Krise der vergangenen Wochen, die durch die Ablehnung von mehr als 2000 Bewerbern zu den Parlamentswahlen ausgelöst wurde. Die meisten Teheraner blieben auf Distanz und schauten dem Geschehen aus der Ferne zu.

Präsident Mohammad Chatami, der wenige Tage zuvor durch seine Entscheidung, ungeachtet der massenhaften Ablehnungen die Wahlen doch zum festgesetzten Termin abzuhalten, Millionen seiner Wähler enttäuscht hatte, wollte Volksnähe demonstrieren. Er reihte sich ein und marschierte mit zum Platz der Freiheit. Er trat dort als Hauptredner auf und stellte sich wie schon oft in Krisenzeiten zwischen die Fronten. „Jene, die einen Säkularismus im westlichen Stil anstreben, gefährden die nationale Identität und Unabhängigkeit“, sagte er an die Adresse der radikalen Reformer gerichtet. Er sprach sich gegen eine Trennung von Religion und Staat aus. Und gegen die konservativen Islamisten gerichtet meinte er, dass auch jene, die die Demokratie im Namen des Islam unterwanderten, das Land bedrohten. „Richtig ist der dritte Weg, der den eigentlichen Inhalt

der Islamischen Republik ausmacht“, sagte Chatami. Dieser Staat „ist eine Republik, weil er sich nach dem Willen des Volkes richtet und er ist islamisch, weil er religiöse Anweisungen befolgt, die einerseits in der Tradition tief verwurzelt sind und andererseits sich den Erfordernissen der Gegenwart anpassen“.

Konservative siegten wie erwartet bei den Parlamentswahlen

Durch die Ablehnung von rund zweieinhalbtausend Kandidaten, von denen die meisten dem Reformlager angehörten, darunter 83 amtierende Parlamentarier, stand das Ergebnis von vornherein fest. Nach Darstellung des Innenministeriums waren durch den Massenausschluss praktisch mindestens 190 Parlamentssitze für die Rechten reserviert. Die einzig spannende Frage war, wie hoch die Wahlbeteiligung sein würde. Die meisten Reformparteien hatten erklärt, dass sie an diesen „Scheinwahlen“ nicht teilnehmen würden. Auch einige studentische Gruppen, sowie zahlreiche liberale Politiker, Journalisten und regierungsunabhängige Verbände hatten zum Wahlboykott aufgerufen. Demgegenüber hatten einige Reformer, allen voran Staatspräsident Mohammad Chatami und Parlamentpräsident Mehdi Karrubi, erklärt, dass sie trotz der massiven Verletzung des Wahlrechts an den Wahlen teilnehmen würden. Diese unterschiedliche Vorgehensweise, die einer Spaltung des Reformlagers gleichkam, schwächte von vornherein die Position der Reformer. Eine vielleicht noch bedeutendere Schwäche zeigte sich in der Tatsache, dass die Protestaktionen der Parlamentarier, ihr 26tägiger Streik und die Mandatsniederlegung von 130 Abgeordneten kaum einen Widerhall in der Bevölkerung fanden. Offenbar war es nicht mehr möglich, das bei den enttäuschten Wählern verlorene Vertrauen zurück zu gewinnen und die Massen zur Unterstützung zu bewegen. Als sich zu guter Letzt Präsident Chatami nach anfänglichem Schwanken entschloss, dem Befehl des Revolutionsführers folgend, die Forderung der Reformer nach Verschiebung der Wahlen abzulehnen und sie wie vorgesehen am 20. Februar durchzuführen, gerieten die streikenden Parlamentarier vollends in die politische Isolation.

Demgegenüber setzten die Rechten alle erlaubten und unerlaubten Mittel ein, um das Volk zu den Urnen zu treiben. Sie wollten Stärke demonstrieren und nicht zuletzt dem Ausland gegenüber zeigen, wer in Iran das Sagen hat. Zwei Wochen lang hämmerten Rundfunk und Fernsehen dem Volk ein, wählen zu gehen. Revolutionsführer Ali Chamenei und nahezu sämtliche Freitagsprediger bezeichneten die Teilnahme an der Wahl als religiöse Pflicht. Wer sich weigere, zur Wahl zu gehen, sündige gegen den Glauben und verrate die Revolution. Es wurden Gerüchte in Umlauf gesetzt, die besagten, dass Studenten, die keinen Wahlstempel im Ausweis hätten, keine Zulassung an den Universitäten erhalten würden oder dass staatliche Angestellte, die die Wahl boykottieren würden, Sanktionen zu erwarten hätten. Dasselbe Schicksal sollte Arbeitern und Angestellten staatlicher Betriebe widerfahren. Zwei Tage vor den Wahlen wurden die beiden wichtigsten liberalen Zeitungen, Schargh und Yas-e No verboten (s. Bericht auf Seite 7).

Nach Angaben des Innenministeriums haben 50,3 Prozent der 46 Millionen Wahlberechtigten an der Wahl teilgenommen. Das ist höher als allgemein erwartet wurde. Dennoch lag die Wahlbeteiligung im Vergleich zu den letzten Parlamentswahlen im Jahre 2000 um 17 Prozent niedriger. Wie üblich war die Wahlbeteiligung in den Provinzen weit höher als in den Großstädten. In der Hauptstadt Teheran lag sie bei 28 Prozent. Die Abgeordnete Fatemeh Haghighatdju sagte bei der Begründung ihrer Mandatsniederlegung vor dem Parlament, 17 Prozent der Stimmen seien ungültig gewesen. Vermutlich sind viele aus Angst zur Wahl gegangen, haben jedoch unausgefüllte Stimmzettel abgegeben.

Für die Reformer bedeutete die Wahl eine dreifache Niederlage. Erstens gelang es ihnen trotz ihres mutigen Widerstands nicht, das Vertrauen der Massen zurück zu gewinnen. Zweitens haben sie die Wahlen verloren. Sie werden künftig im Parlament eine kleine Minderheit bilden, die dazu noch aus Abgeordneten der zweiten Reihe besteht. Nicht einmal Parlamentspräsident Karrubi konnte ein Mandat erringen. Er hatte in Teheran kandidiert und war auf dem 31. Platz gelandet. Drittens - und das ist das wichtigste Ergebnis der Wahl - kann man nach diesen Wahlen den Versuch, den Gottes-

staat von oben zu reformieren, endgültig zu den Akten legen. So betrachtet, kann man diese Wahlen als historisch bezeichnen. Sie leiteten eine neue Phase der Geschichte ein, die mit der Erkenntnis beginnt, dass dieser islamische Staat sich nicht mit Freiheit und Demokratie in Einklang bringen lässt und eine demokratische Alternative außerhalb dieses Staates aufgebaut werden muss.

Die Rechten sind aus den Wahlen oder besser Scheinwahlen als Sieger hervorgegangen. Aber bei einer genaueren Betrachtung und Analyse der abgegebenen Stimmen stellt man fest, dass die Islamisten über eine kleine Basis von zehn bis fünfzehn Prozent in der Bevölkerung verfügen. Und wenn sie nun die absolute Mehrheit im Parlament haben und allem Anschein nach auch bald das Amt des Staatspräsidenten übernehmen werden - Chatamis Amtszeit geht in einem Jahre zu Ende - dann müssen sie gegen ein Volk regieren, das ihnen längst den Rücken gekehrt hat. Sie werden, wie bereits von einigen Vertretern der Konservativen angedeutet, versuchen, mit ausländischen Mächten, insbesondere mit den USA und der EU zu kooperieren und ihnen gegenüber in Afghanistan, im Irak und im Nahen Osten Konzessionen machen. Sie werden die Tore des Landes für ausländisches Kapital weiter öffnen, um einen wirtschaftlichen Aufschwung demonstrieren zu können. Ihnen schwebt eine Art chinesisches Modell vor: moderat nach außen, autoritär nach innen.

Doch die Sache hat zwei Haken: Erstens ist das Lager der Konservativen nicht homogen. Die hart gesottenen Islamisten werden versuchen, den durch die Reformer gelockerten ideologischen Staat wieder zu etablieren, während die moderateren pragmatische Schritte vorziehen würden. Vermutlich wird schon der erste Schritt in Richtung USA das Lager der Islamisten spalten. Zweitens ist es fraglich, ob die USA und vor allem die EU bereit wären, mit einem Regime zu kooperieren, das gegen das eigene Volk regiert und dessen Leben nicht von langer Dauer sein wird.

Das neue Parlament wird sich im Mai konstituieren. Die meisten gewählten Abgeordneten der Konservativen stammen aus dem Umfeld der Revolutionswächter, des Informationsministeriums, des Rundfunks und Fernsehens. Zwar hat der Wächterrat erklärt, dass von nun an ein neuer Wind wehen

und das Parlament sich strikt nach islamischen Grundsätzen richten wird (s. u.). Doch es ist schwer vorstellbar, dass selbst fundamentalistische Islamisten die Forderungen des Volkes gänzlich ignorieren und sich den Erfordernissen der Zeit entziehen können.

Acht Tote, zahlreiche Verletzte am Wahltag

Am Wahltag kam es an verschiedenen Orten zu Unruhen, bei denen acht Menschen ums Leben kamen und zahlreiche verletzt wurden. Den Angaben der Behörden zufolge starben vier Menschen, darunter ein Polizist, in der im Süden des Landes gelegenen Stadt Firuzabad rund hundert Kilometer von Schiraz entfernt. Die Unruhen wurden aufgelöst, als das Büro des örtlichen Gouverneurs eine unerwartet hohe Wahlbeteiligung und den knappen Sieg eines Konservativen gegen einen Kandidaten aus dem Reformlager bekannt gab. Die dort versammelte Menschenmenge witterte Wahlmanipulation und forderte die Wiederholung der Auszählung der Stimmen. Den Protesten schlossen sich mehrere hundert Menschen an. Als die zornige Menge sich dem Amtssitz des Bürgermeisters näherte, griff die Polizei ein und begann auf die Demonstranten zu schießen. Dies hatte zur Folge, dass zahlreiche weitere Bewohner der Stadt sich der Demonstration anschlossen. Es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten, wobei drei Zivilisten und ein Polizist getötet, zahlreiche Menschen verletzt und einige Einsatzwagen der Polizei und Gebäude der Stadtverwaltung beschädigt wurden.

Ähnliche Vorgänge wurden aus der Stadt Iseh in der südwestlichen Provinz Chusestan gemeldet. Auch hier fanden vier Menschen den Tod.

Wächterrat kündigt Abkehr vom Reformkurs an

Triumphierend über den erfolgreichen kalten Staatsstreich, der die Rückeroberung des Parlaments durch die Konservativen ermöglichte, kündigte der Wächterrat eine Abkehr vom Reformkurs an. Das Parlament werde nach dem Ausscheiden der Reformen einen neuen Kurs steuern und sich „künftig auf die Stärkung des Islam, die Lösung der Probleme des Volkes und die Durchsetzung von Glaube und Moral im öffentli-

chen Leben konzentrieren“, hieß es in einer schriftlichen Erklärung des Rats. Die Wahl leite ein „neues Kapitel in der Geschichte“ des Landes ein. Das neue Parlament werde sich „von religiöser Überzeugung leiten lassen“ und die „nationale Autorität und Sicherheit stärken“.

Den Umstand, dass die Wahlbeteiligung nicht so niedrig ausfiel wie von vielen Reformern erhofft und von Konservativen befürchtet wurde, bewertete der Wächterrat auch als Demonstration gegen die USA und deren Drängen auf mehr Demokratie in Iran. Die Wähler hätten „alle Verschwörungen durchkreuzt wie auch die Pläne der Feinde der Religion und der Nation, einschließlich des Großen Satans Amerika vereitelt“, erklärte der Wächterrat.

Im Gegensatz zum Wächterrat erklärte der prominente Vertreter der Rechten, Mohammad Reza Bahonar, der für den Posten des Parlamentspräsident im Gespräch ist, er habe gegen die Aufnahme von Verhandlungen mit den USA nichts einzuwenden. Auch bezüglich moralischer Vorschriften, werde man „pragmatisch“ vorgehen und bestimmte Umgangsformen, die sich eingebürgert hätten, weiterhin dulden.

Das Lager der Konservativen

Die Rechten haben beim Streit im Vorfeld der Wahlen Durchhaltevermögen gezeigt, für sie scheint die Krise so gut wie überwunden zu sein. Mit Recht rief einer der mächtigsten Männer im konservativen Lager, Waez Tabassi, beim gemeinsamen Gebet: „Jetzt sind wir wieder an der Reihe“. Mit „wir“ sind alle Organe und Instanzen gemeint, die nicht gewählt, sondern ernannt werden, allen voran die Führung der Justiz, die Mitglieder des Wächterrats, die Führung des Militärs und der Revolutionswächter mitsamt zweier Geheimdienste, die direkt dem Revolutionsführer und der Justiz unterstehen. Hinzu kommen zahlreiche paramilitärische Gruppen, Killerkommandos, Schlägertruppen und mafiöse Organisationen. Das staatliche Fernsehen und der Rundfunk befinden sich ebenso wie zahlreiche Zeitungen, Zeitschriften und Webseiten in der Hand der rechten Islamisten. Ein wichtiges Instrument zur politischen Einflussnahme bildet die Organisation der Freitagsprediger. Diese Organisation legt Woche für Woche fest, welche Botschaften die Schar

von Geistlichen, die bis in die kleinsten Dörfer vertreten sind, dem Volk verkünden sollen.

Mindestens genauso mächtig wie in der Politik sind die Konservativen in der Wirtschaft. Neben dem Staatshaushalt, den sie kontrollieren, haben sie nahezu die gesamte Schmuggelwirtschaft, die einen wichtigen Teil der iranischen Wirtschaft bildet, in der Hand. Der Handel mit Heroin und Opium, deren Besitz gewöhnlich mit dem Tode bestraft wird, bildet für die mafiösen Islamisten eine unerschöpfliche Einnahmequelle. Ob es sich um Elektrogeräte, Autos, Tee und Zigaretten oder um andere Konsumgüter handelt, das Monopol der illegalen Einfuhr liegt fast ausschließlich bei den Konservativen. Selbst das lukrative Geschäft mit pornographischen Videofilmen, deren Verbot sie selbst angeordnet haben, wird von den Gottesmännern getätigt. Kürzlich erklärte der Handelsminister vor dem Parlament, lediglich drei von über dreißig für Export und Import vorgesehene Umschlagplätze in den Häfen am Persischen Golf stünden unter der Kontrolle der Regierung. Auf die Frage eines Abgeordneten, wer die anderen Plätze kontrolliere, antwortete der Minister: „Ich kann nur Vermutungen anstellen, weiß es aber nicht genau.“

Es gibt in Iran zahlreiche Stiftungen, die zu Beginn der Revolutionen zum Schutz der „Barfüßigen und Habenichtse“ oder während des irakisch-iranischen Krieges als Hilfsorganisationen für Kriegsgeschädigte bzw. für die Hinterbliebenen der Gefallenen eingerichtet wurden. Diese Stiftungen sind im Laufe der Jahre zu gigantischen Finanzimperien gewachsen. Auch sie werden ausschließlich von Konservativen geführt. Sie beherrschen für zahlreiche Güter den Markt, zahlen jedoch keine Steuern. Ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz, das diese Stiftungen unter staatliche Kontrolle stellen und zur Steuerzahlung verpflichten sollte, wurde vom Wächterrat als unvereinbar mit der Verfassung und mit islamischen Grundsätzen abgelehnt.

Selbstverständlich ist das Lager der Rechten nicht einheitlich. Solange Revolutionsführer Ayatollah Chomeini lebte, konnte er dank seiner enormen Autorität die rivalisierenden Gruppen in Schach halten. Doch sein Nachfolger, Ali Chamenei, wird weder in Kreisen der Großayatollahs noch in der Bevölkerung als religiöse oder staatli-

che Instanz akzeptiert. Er besitzt zwar formal die absolute Macht; das Sagen im Land haben jedoch andere. „Andere“, das sind Geistliche und Zivile, von denen die meisten in Gruppen, Verbänden und Parteien, bestückt mit mehr oder weniger starker Hausmacht, organisiert sind.

Eine der mächtigsten Gruppen nennt sich „Kämpfende Geistlichkeit“. Zu der Organisation gehören Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandjani, Ex-Parlamentspräsident Nategh-e Nuri und der frühere Innenminister Mahdawi Kani. Ihr großer Einfluss beruht zum Teil darauf, dass sie für die Freitagsprediger zuständig ist. Sie bestimmt wer an welchem Ort dem Freitagsgebet vorstehen und welche Themen er in seiner Predigt behandeln soll. Die Gruppe gehörte zu Chomeinis Lebzeiten zum engsten Kreis um ihn. Sie vertritt zwar konservative Ansichten, ist jedoch mehr oder weniger pragmatisch, vor allem im Bezug auf die Wirtschaft. Wenige Jahre nach der Revolution gab es aufgrund ideologischer Differenzen eine Abspaltung, die sich „Kämpfende Geistliche“ nennt. Zu den wichtigsten Mitgliedern dieser Gruppe gehören Staatspräsident Mohammad Chatami und Parlamentspräsident Mehdi Karrubi. Sieht man von Chatami ab, steht diese Gruppe eher auf Seiten der Konservativen, obwohl sie offiziell mit den Reformern ein Bündnis geschlossen hat. In Streitfällen tritt sie als Vermittlerin auf, wobei das Ergebnis zumeist zugunsten der Konservativen ausfällt.

Ein Teil der einflussreichsten Grauen Eminenzen des Gottesstaates ist in der so genannten „Haghani Schule“ versammelt. In dieser Schule, die bereits zu Schahs Zeiten in der heiligen Stadt Ghom gegründet wurde, lehrten und lehren die meisten Strategen und Ideologen der islamischen Theokratie. Sie sitzen an den Schaltstellen der Macht und erteilen Anweisungen in religiösen und politischen Fragen.

Die fundamentalistischste und zugleich militante Gruppe unter den Konservativen trägt den Namen „Partei Islamischer Koalitionäre“. Diese Gruppe blickt auf eine lange Tradition, die auf die in Ägypten gegründeten Islam Bruderschaften zurückgeht. Zahlreiche Mordattentate auf hochrangige Politiker, aber auch auf linke oder säkular orientierte Intellektuelle und Schriftsteller gehen auf ihre Rech-

nung. Die mafiös organisierte Partei verfügt nicht nur über einen großen politischen, sondern auch über einen ebenso großen militärischen Einfluss. Die Organisation der Revolutionswächter, die nach der Revolution als Parallelorganisation zur Armee gegründet wurde und inzwischen mehr Gewicht hat als die regulären Streitkräfte, steht praktisch unter dem Befehl der „Islamischen Koalitionäre“. Eines ihrer führenden Mitglieder und stellvertretender Kommandant der Revolutionswächter, Zolghadr, warnte einmal kritische Journalisten: „Wir werden eure Federn brechen, eure Zungen herausreißen“. Die Partei verfügt auch über Killerkommandos und Schlägertrupps. Auch ihr wirtschaftlicher Einfluss ist enorm. Sie beherrscht einen Teil des iranischen Schwarzmarktes.

Eine weitere wichtige Gruppe besteht aus Vertriebenen aus dem Irak. Es sind irakische Staatsbürger iranischer Abstammung, die teilweise schon zu Schahs Zeiten und zum Teil nach der Revolution aus dem Irak nach Iran abgeschoben wurden. Sie sind straff organisiert und gehören sowohl politisch als auch wirtschaftlich zu den mächtigsten Kräften des Landes und bilden eine der wichtigsten Stützen der Fundamentalisten. Der gegenwärtige Justizchef Haschemi Schahrudi gehört dieser Gruppe an. Die Partei monopolisiert fast den gesamten Zigaretten- und Alkoholmarkt. Ihre Bedeutung ist nach dem Sturz des Saddam-Regimes noch mehr gestiegen, denn sie steht auch mit den schiitischen Gruppen im Irak in enger Verbindung.

Die hier genannten Organisationen bilden nur einen Teil des konservativen Lagers. Dieses Lager umfasst eine Palette von moderaten Rechten bis zu verbohrtesten Fundamentalisten. Sie rivalisieren miteinander um die politische Macht und wirtschaftlichen Einfluss und stehen sich zum Teil feindlich gegenüber. Das hindert sie aber nicht daran, gegen die Reformbewegung eine gemeinsame Front zu bilden. Sollte es ihnen aber nun tatsächlich gelingen, nach den Wahlen die Reformer gänzlich auszuschließen und wie zu Chomeinis Zeiten ihre absolute Herrschaft wieder dem Volk aufzuzwingen, werden ihre Interessengegensätze zum Vorschein kommen und die Front wird bald zusammenbrechen. Das ist auch die Einschätzung eines Teils der Reformer. Man solle den Konservativen das Feld

überlassen, damit sie an ihren eigenen Widersprüchen zugrunde gehen.

Verbot von zwei Zeitungen

Am Vorabend der Parlamentswahlen in Iran wurden die beiden wichtigsten liberalen Zeitung, „Schargh“ und Yas-e No“ verboten. Wie die studentische Nachrichtenagentur ISNA berichtete, haben Beamte der Teheraner Staatsanwaltschaft, die von dem berüchtigten Staatsanwalt Said Montazeri geleitet wird, die Redaktionen der beiden Zeitungen angewiesen, die Produktion der Zeitung vorläufig einzustellen. Entsprechende Gerüchte waren schon Tage zuvor in Umlauf, doch sie wurden stets von der Justizbehörde dementiert.

Die beiden Tageszeitungen gehören zu den wenigen liberalen Blättern, die bislang von dem Verbot von über neunzig Zeitungen in den letzten drei Jahren verschont geblieben waren. Sie hatten im Vorfeld zu den Parlamentswahlen ausführlich über die Ereignisse berichtet und dabei sämtliche Erklärungen der streikenden Parlamentarier sowie Stellungnahmen von oppositionellen Gruppen und Verbänden, die zum Wahlboykott aufgerufen hatten, veröffentlicht. Sie waren fast die einzigen Quellen, aus denen sich die Bevölkerung über die Vorgänge im Land informieren konnte. Denn sowohl die konservativen Zeitungen als auch die Radio- und Fernsehsender, die von Konservativen kontrolliert werden, ignorierten sämtliche Protestaktionen und Aufrufe, die sich gegen die Wahlen richteten.

Allgemein wurde erwartet, dass die konservativen Islamisten erst nach den Wahlen ihre Angriffe gegen die Bastionen der Reformbewegung starten. Doch offensichtlich hatte die Veröffentlichung eines von über hundert Parlamentsabgeordneten unterzeichneten Schreibens an Revolutionsführer Ali Chamenei, den die Parlamentarier für die Missachtung der Verfassung und des Volkswillens verantwortlich machten, bei den Rechten das Fass zum Überlaufen gebracht.

Wie inzwischen bekannt wurde, hatte die Justiz bereits Tage zuvor dem Herausgeber von Yas-e No mitgeteilt, dass Berichte über Wahlboykottabsichten strafbar seien, denn der Revolutionsführer habe die Teilnahme an der Wahl als „religiöse Pflicht“ deklariert. Auch die Parlamentsabgeordnete Fatemeh

Haghighatdju, die zu den abgelehnten Kandidaten gehörte, war nach eigenen Angaben, vom Informationsministerium aufgefordert worden, sich mit Kritik gegen die Wahlen zurückzuhalten.

Es wurde bekannt, dass der Sekretär des nationalen Sicherheitsrates, Hassan Rohani, der als Kandidat der Konservativen für das Amt des Staatspräsidenten im Gespräch ist, eigenmächtig alle Medien angewiesen hatte, das Schreiben der Parlamentarier an Revolutionsführer Chatami zu ignorieren.

Mohammad Ali Abtahi, Stellvertreter des Staatspräsidenten Chatami, verurteilte das Verbot der beiden Zeitungen und erklärte, das Verbot sei rechtlich nicht haltbar, weil der Nationale Sicherheitsrat von der Intervention des Herrn Rohani keinerlei Kenntnis hatte. Nicht einmal der Staatspräsident Chatami, der zugleich Vorsitzender des Rates ist, sei darüber informiert worden.

Indes erklärte Rohani gegenüber der Nachrichtenagentur ISNA, er habe weder mündlich noch schriftlich Anweisungen zum Verbot erteilt. Zugleich dementierte er das Gerücht, er habe die Absicht, für das Amt des Staatspräsidenten zu kandidieren.

Das Verbot der beiden liberalen Zeitungen wurde von Kritikern als Vorbeugemaßnahme betrachtet, um unangenehme Berichte im Falle einer geringen Wahlbeteiligung zu verhindern. Es scheint logisch, dass jene, die einen parlamentarischen Coup planen, Zeitungen zum Schweigen bringen, erklärte Yas-e No- Kolumnist Hamidreza Djalaipur.

Kultusminister Ahmad Masdjed Djamei, dessen Ministerium auch für die Kontrolle der Presse zuständig ist, hat Staatspräsident Chatami in einem offiziellen Schreiben gebeten, nach einem Ausweg zu suchen. Für ihn sei das Verbot zweier Zeitungen unmittelbar vor den Wahlen, also zu einer Zeit, in der man „im In- und Ausland die Vorgänge in unserem Land mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, äußerst überraschend“ gewesen. Der Vorgang könne „missinterpretiert werden“ und zu der „irrigen Auffassung“ führen, dass „die Grundsätze der Politik der Islamischen Republik“, wozu auch die Achtung vor Gesetzen gehöre, beiseite gelegt worden seien.

Agenturen für Arbeitsvermittlung an Frauen

Zum ersten Mal sollen in Iran Agenturen für Arbeitsvermittlung an Frauen eingerichtet werden. Zahra Bahramnejad, Stellvertreterin des Leiters der Teheraner Stadtverwaltung, sagte: „Frauen stellen die Hälfte der Bevölkerung, aber ihre Berufschancen sind weitaus geringer als die der Männer.“ Dieser Ungleichheit sollen die Agenturen entgegenwirken. Die Einrichtungen seien gemeinnützig, sie würden etwa in einem Monat ihre Arbeit aufnehmen.

In Iran gibt es kaum Arbeitsvermittlungsseiten im Internet. Das hat dazu geführt, dass trotz eines großen Überschusses an Arbeitskräften die Arbeitnehmer ihren Bedarf oft erst nach langer Suche decken können. Dieser Mangel bezüglich der Arbeitsvermittlung erreicht weit mehr Frauen als Männern zum Nachteil. Hinzu kommt, dass in der iranischen Gesellschaft gegen berufstätige Frauen immer noch gewisse Vorbehalte vorhanden sind. Demgegenüber nimmt die Zahl der arbeitslosen Frauen mit abgeschlossener Ausbildung immer weiter zu. Heute studieren in Iran mehr Frauen als Männer. Diese Entwicklung hat nicht nur ökonomische, sondern auch soziale Folgen, die nicht mehr ignoriert werden können.

Über 320 Tote bei Güterzug-Explosion

Nach letzten Pressemeldungen sind bei der Explosion eines mit Benzin und Chemikalien beladenen Güterzuges 320 Menschen ums Leben gekommen, weitere 500 Menschen wurden verletzt. Die Wucht der Detonationen zerstörte fünf umliegende Ortschaften.

Die Explosion ereignete sich in der Nähe der in der Provinz Khorasan liegenden Stadt Neischabur, etwa 650 Kilometer nordöstlich von Teheran. Sie war so heftig, dass selbst bei Häusern, die zehn Kilometer entfernt standen, die Fensterscheiben zerschmettert wurden. Die hohe Zahl der Opfer ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die umliegenden Häuser zum Teil aus Lehm gebaut waren. Diese fielen in sich zusammen und begruben Duzende Menschen unter sich. Laut IRNA hatten Seismologen eine Erschütterung wie bei einem Beben der Stärke 3,6 auf der Richterskala gemessen.

Die 51 Waggons waren auf einem Bahnhof in der Nähe der Stadt Neischabur abge-

stellt gewesen und hatten sich aus ungeklärter Ursache in Bewegung gesetzt. Sie waren mit Düngemittel, Schwefel, Baumwolle und Benzin beladen. Als sie ein gewisses Tempo erreicht hatten, überschlugen sie sich und fingen Feuer. Feuerwehrleute und Rettungskräfte eilten herbei. Erst nach einigen Stunden, als sie das Feuer nahezu eingedämmt hatten, war es zu der verheerenden Explosion gekommen, bei der 182 der an der Rettungsaktion Beteiligten den Tod fanden. Unter ihnen befanden sich auch ranghohe Behördenvertreter wie der Gouverneur und der Bürgermeister von Neischabur sowie der Feuerwehrchef.

„Das Ausmaß der Katastrophe ist enorm und der Schaden weit größer als ursprünglich angenommen“, sagte Wahid Baketschi, ein Vertreter des Katastrophenschutzes der Provinz Chorasán. „Die ganze Stadt ist von diesem Unfall schockiert“, sagte der Journalist Saged Kawiani in Neischabur. Die Bürgerinnen und Bürger wurden über Lautsprecher zu Blutspenden aufgerufen. Unter den verschütteten Dorfhäusern lagen noch Tage lang Menschen.

Die Stadt Neischabur hat rund 170.000 Einwohner. Sie liegt im Zentrum einer Region, in der Baumwolle, Obst und Getreide angebaut werden.

Zahlreiche Staatsoberhäupter und Regierungen haben Iran gegenüber ihr Mitgefühl zum Ausdruck gebracht. Bundeskanzler Gerhard Schröder sprach in einem Telegramm an Staatspräsident Chatami dem iranischen Volk sein Beileid aus. „Wir fühlen mit den Bürgerinnen und Bürgern Irans“, schrieb Außenminister Joschka Fischer an seinen iranischen Kollegen Kamal Charrasi. Auch Bundespräsident Johannes Rau kondolierte in einem Schreiben an Präsident Chatami.

II. Wirtschaft

WTO lehnt abermals Irans Aufnahmeantrag ab

Anfang Februar wurde zum fünfzehnten Mal Irans Aufnahmeantrag in die Welt handelsorganisation (WTO) abgelehnt. Iran hatte seit 1996, ein Jahr nach der Gründung der WTO, immer wieder die Aufnahme beantragt. Der Antrag wurde zunächst nicht auf die Tagesordnung gesetzt, weil einige Mitgliedsstaaten mit der Aufnahme Irans nicht einverstanden waren. Ab 2001 scheiterte die Aufnahme am Veto der USA mit der Begründung, Iran unterstütze den internationalen Terrorismus. Im Vorfeld der letzten Sitzung am 13. Februar hatten die EU, China und andere Mitgliedsstaaten die Hoffnung geäußert, dass Iran dieses Mal die Zustimmung der Organisation erhalten werde, weil ihrer Auffassung nach politische Konflikte kein Hindernis für die Aufnahme bilden sollten. Auch in Teheran ging man davon aus, dass sich die USA in Anbetracht der jüngsten Versöhnungssignale aus Washington nicht mehr gegen die Aufnahme aussprechen würden. Doch anscheinend erwarten die USA von Teheran weitere Konzessionen und mehr Kooperation, denn auch dieses Mal legten sie gegen ihr Veto ein.

Japan und Iran schließen ein milliardenschweres Abkommen zur Ölförderung

Wie das japanische Handelsministerium bekannt gab, hat Tokio, ungeachtet der Kritik aus Washington, ein zwei Milliarden Dollar schweres Abkommen zur Ölförderung mit Teheran geschlossen. Bei dem Vertrag, den Vertreter beider Seiten Mitte Februar unterzeichneten, handelt es sich um die Nutzung des riesigen Asadegan-Ölfeldes im Südwesten Irans. Japan ist darauf angewiesen, nahezu seinen gesamten Bedarf an Erdöl und Erdgas aus dem Ausland zu beziehen. Daher hat das Land seit der Ölkrise von 1973 eine selbständige Diplomatie gegenüber den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens entwickelt. Dieses Vorgehen hat nicht selten zu Konflikten mit den USA geführt. Dies gilt insbesondere im Bezug auf Iran, über das die USA seit mehr als zwei Jahrzehnten einen Wirtschaftsboykott verhängt haben. Washington befürchtet, dass Iran die zwei Milliarden Dollar Investition aus Japan zur Entwicklung von Atomwaffen nutzen könnte. „Wir sind sehr besorgt über Vereinbarungen

wie diese“, sagte ein Sprecher des Außenministeriums in Washington. Demgegenüber erklärte die japanische Regierung ausdrücklich, das Abkommen bedeute keine Billigung des iranischen Nuklearprogramms.

Japan hofft, mit dem nun vereinbarten Abkommen seinen Ölimport für die Zukunft sichern zu können. Die Förderung in Asadegan soll durch die japanische Gesellschaft Inpex und die iranische NIOC erfolgen. Das Fördervolumen soll zunächst 50.000 Barrel pro Tag betragen und nach vier Jahren auf 150.000 und nach acht Jahren auf 260.000 Barrel täglich anwachsen. Der Dauer des Vertrags ist auf zwölfteinhalb Jahren festgelegt, mit der Förderung soll 2007 begonnen werden.

Die Ölquellen in Asadegan waren als einer der größten Ölfunde erst 1999 entdeckt worden. Nach Schätzungen umfasst das Feld rund 26 Milliarden Barrel Öl. Damit wäre Azadegan eines der reichsten Ölfelder im Mittleren Osten.

Frankreich, Malaysia und Iran produzieren gemeinsam Flüssiggas

Der französische Ölkonzern Total und der malaysische Staatskonzern Petronas werden gemeinsam mit der National Iranischen Ölgesellschaft (NIOC) Flüssiggas produzieren. Wie Total in Paris mitteilte, erhält der NIOC an dem geplanten Gemeinschaftsunternehmen fünfzig Prozent Anteile, die Franzosen werden zu 30 Prozent und die Malaysier zu 20 Prozent beteiligt. Für die erste Phase ist eine Produktionskapazität von acht Millionen Tonnen Flüssiggas pro Jahr geplant. Die Anlagen sollen im Gasfeld Süd Pars entstehen.

Der bereits unterzeichnete Vertrag, der ein Investitionsvolumen von zwei Milliarden Dollar vorsieht, läuft auf 25 Jahre. In fünf Jahren soll mit der Produktion und dem Verkauf begonnen werden.

Bezüglich der Gasproduktion hat Iran einen erheblichen Kapitalmangel zu beklagen. Obwohl das Land 15 Prozent der Gasreserven in der Welt besitzt und damit nach Russland über die reichsten Gasquellen verfügt, ist Iran zurzeit lediglich mit zwei Prozent an der Weltgasproduktion beteiligt. Würde man von dem Gasexport in die Türkei absehen, dann wäre Iran auf dem internationalen Gasmarkt überhaupt nicht ver-

treten. Irans größter Konkurrent ist der Golfstaat Ghatar, der bezüglich der Gasreserven an dritter Stelle steht. Hier haben internationale Konzerne erhebliche Investitionen getätigt. Auch Irak wird früher oder später als mächtiger Konkurrent auf dem Markt auftreten. In Anbetracht dieser Situation ist Teheran zunehmend bemüht, möglichst viele ausländische Unternehmer für Investitionen in Iran zu gewinnen und damit seine Position auf dem Markt zu stärken.

D-8 Gipfel in Teheran

Am 17 und 18. Februar fand ein Gipfel-treffen der D-8 Staaten in Teheran statt. Während die Staaten Iran, Pakistan, Indonesien, Bangladesch, Türkei, Nigeria durch ihren Staatspräsidenten bzw. Ministerpräsidenten vertreten waren, wurde Ägypten durch Außenminister Ahmad Tahir repräsentiert.

Bei dem Treffen führte Iran den Vorsitz. Die iranische Regierung nutzte die Gelegenheit vor allem zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Iran und Ägypten. Ali Naghi Chamuschi, Vorsitzender der iranischen Handelskammer, erklärte, beide Staaten seien bemüht, ihre Handels- und Wirtschafts-sowie ihre politischen Beziehungen neu zu gestalten und zu normalisieren.

Die neue Phase in der Beziehung zwischen den beiden Staaten hatte mit dem Treffen von Präsident Chatami mit seinem Amtskollegen Hosni Mubarak vor zwei Monaten in Genf begonnen. Ein formales Hindernis zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen bildeten die Namen zweier Straßen: Eine Straße in Teheran trug den Namen von Chaled Islamboli, dem Mörder von Anwar Sadat trug und eine Straße in Kairo, die nach dem 1979 gestürzten Schah benannt wurde. Doch inzwischen sind die Straßennamen unter heftigen Protesten der Islamisten in Iran und iranischen Monarchisten im Ausland umbenannt worden. Nach Einschätzung politischer Beobachter werden die laufenden Verhandlungen zwischen Teheran und Kairo bald zur Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Iran und Ägypten führen.

Das Bündnis zwischen den D-8 Staaten war auf Initiative des damaligen türkischen Ministerpräsidenten Nadjmuddin Erbakan zustande gekommen. Nach einem ersten Treffen 1998 in Istanbul haben noch zwei weitere Treffen in Dhaka und

Kairo stattgefunden. Obwohl seit der ersten Begegnung sieben Jahre vergangen sind, kann das Bündnis keine nennenswerten Erfolge vorweisen. Die Gründe dafür liegen hauptsächlich in den bilateralen Beziehungen zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten, in dem Umstand, dass einzelne Staaten gleichzeitig in anderen Bündnissen aktiv sind und schließlich darin, dass die Staaten zum Teil geographisch voneinander weit entfernt liegen.

Das gesamte Handelsvolumen der acht Staaten betrug 2002 rund 488 Milliarden Dollar, während der Binnenhandel zwischen ihnen ein Volumen von rund 21 Milliarden Dollar aufzeigte. Iran schlug bei dem Treffen vor, einen Freihandel zwischen den Staaten zu beschließen. Um den Handel zwischen den acht Staaten zu beleben, müssten besondere Zolltarife und Steuererleichterungen vereinbart, die Reise- und Transportbestimmungen entsprechend gelockert, die Zusammenarbeit der Banken intensiviert und gemeinsame Investitionen und Projekte getätigt bzw. durchgeführt werden, sagte Chamuschi.

Bei dem ersten Treffen 1998 hatten die Mitgliedstaaten beschlossen, sich gegenseitig auf dem internationalen Markt zu unterstützen und den Lebensstandard in den eigenen Ländern zu verbessern. Ferner wurden u.a. folgende Projekte in Angriff genommen: Die Gründung einer Datenbank für Technik und Ausbildung in Iran, einer internationalen Gesellschaft für Marktforschung und Handel in Ägypten, einer Ausbildungswerkstatt in Indonesien und eines islamischen Versicherungssystems in Malaysia. Über den Stand der Realisierung dieser Projekte liegen keine Berichte vor.

Benzin soll ab Sommer rationiert werden

Nach einem Beschluss der Regierung soll ab Sommer dieses Jahres der Verkauf von Benzin wegen der ständigen Zunahme des Imports rationiert werden. Gegenwärtig liegt der Import von Benzin bei 27 Millionen Barrel pro Tag. Hussein Kascheffi, Direktor der Gesellschaft für Erdölprodukte, sagte: „Da die Inlandproduktion von Benzin bei weitem nicht zur Deckung des eigenen Bedarfs ausreicht, sieht sich die Regierung gezwungen, das Benzin erst einmal für die nächsten vier Jahre zu rationieren.“ Der Inlandsverbrauch liege zurzeit bei 55 Millionen Barrel

pro Tag. Dessen stetige Zunahme habe eine ebenso stetige Zunahme des Benzinimports zufolge, der zurzeit bei 26 Millionen Liter pro Tag liege.

Um den Import zu reduzieren oder zumindest nicht weiter ansteigen zu lassen, plant die Regierung durch Ausbau und Modernisierung der Raffinerien die inländische Produktion von Benzin zu steigern. Dazu werden jedoch mindestens vier Jahre benötigt. Während dieser Zeit soll der Benzinverkauf rationiert werden. Der Preis für ein Liter Benzin beträgt gegenwärtig 65 Tuman (etwa 7 Cent). Demgegenüber zahlt der Staat für ein Liter importierten Benzins 180 Tuman (etwa 20 Cent).

Jede Preissteigerung des Benzins würde heftige Reaktionen in der Bevölkerung auslösen, vor allem bei Taxifahrern und deren Fahrgästen, die einen höheren Fahrpreis zahlen müssten. Auf der anderen Seite hat der ausgesprochen niedrige Benzinpreis dazu geführt, dass alle selbst für kleine Strecken ihr Auto benutzen, was sowohl den Verkehr als auch die Umwelt stark belastet.

III. Außenpolitik

Inspektoren der IAEA finden Teile moderner Uranzentrifuge in Iran

Die Tageszeitung „USA Today“ berichtete unter Berufung auf einen Diplomaten in Wien, Inspektoren der Internationalen Atombehörde hätten in Iran Teile moderner Uranzentrifuge gefunden. Es soll sich dabei um „Bauteile einer G-2-Zentrifuge“ handeln. Der Fund sei auf dem Militärstützpunkt Doschan-Tappeh in der Nähe von Teheran gemacht worden. Teheran wies die Angaben „in aller Schärfe“ zurück. Der Bericht entbehre jeder Grundlage, sagte der Sprecher des Außenministeriums, Hamid Reza Assefi. Demgegenüber äußerten die USA „ernste Besorgnis“. Wie aus Wien verlautet, stehe noch nicht fest, ob die Zentrifuge bereits zur Anreicherung von Uran genutzt worden sei.

Iran hatte sich mit der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Atomsperrvertrag der IAEA gegenüber unter anderem verpflichtet, die Atombehörde über jede Entwicklung oder jeden Kauf von Zentrifugenteilen zu informieren. Assefi betonte, Iran habe nie Atomprojekte zu militärischen Zwecken durchgeführt. Berichte über die Existenz von Zentrifugen in Militärbasen entbehrten jeder Grundlage. Zutreffend sei, dass Iran Forschung an modernen Zentrifugen betreibe. Dies geschehe jedoch aus „rein wissenschaftlichem Antrieb“. Zentrifugen dieser Art seien noch nie zur Anwendung gekommen.

Demgegenüber erklärte der Sprecher des Weißen Hauses in Washington, Scott McClellan, die US-Regierung sei über die Entwicklung ernsthaft besorgt. „Wir glauben seit langem, dass Iran ein Programm zur Entwicklung von Atomwaffen unter dem Deckmantel friedlicher Motive betreibt“. Washington wolle jedoch zunächst den offiziellen Bericht der Atombehörde abwarten.

Schon Tage zuvor hatte die iranische Regierung Forschungen zum Bau von modernen Zentrifugen bestätigt, zugleich jedoch betont, die IAEA über diese Aktivitäten informiert zu haben. Die britische Tageszeitung „Financial Times“ hatte am 12. Februar berichtet, IAEA-Inspektoren hätten in Iran eine nicht deklarierte Zentrifuge entdeckt, mit der Uran sowohl für Atomreaktoren als auch für Atombomben aufbereitet werden könne. Der Gouverneursrat der

IAEA wird am 8. März über die Lage in Iran beraten.

Wenige Tage bevor die Berichte über neue Entdeckungen der IAEA-Inspektoren erschienen, erklärte der iranische Außenminister Kamal Charrasi, sein Land habe die Absicht, Atombrennstoffe international zu vermarkten. Iran habe das Potential zur Produktion von Brennstäben, sagte der Minister der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA. Ein ranghoher Beamter des Außenministeriums präzisierte die Angaben des Ministers. Iran verfüge zwar über die nötige Technologie zur Anreicherung von Uran, habe jedoch diese bislang nicht angewendet. Sollte dies eines Tages der Fall sein, werde der Verkauf unter strenger Aufsicht der Internationalen Atombehörde vonstatten gehen.

Iran hatte sich bei einem gemeinsamem Treffen mit den Außenministern Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens „freiwillig“ verpflichtet, sein Programm zur Anreicherung von Uran „vorübergehend“ einzustellen. Die Äußerungen Charrasis bestärken die Vermutung, dass Teheran die Absicht habe, die Urananreicherung bald wieder aufzunehmen.

Die USA haben nun Iran ultimativ aufgefordert, bis zur Tagung des Gouverneursrats am 8. März die Zusagen über die Beendigung seines Atomprogramms zu erfüllen. Sonst würde Washington darauf dringen, die Angelegenheit an den UN-Sicherheitsrat zu übergeben, sagte Außenamtssprecher Richard Boucher in Washington. Dort könnten dann Sanktionen beschlossen oder andere Schritte eingeleitet werden. „Der Schwerpunkt liegt darauf, Iran zu ermutigen, seine Verpflichtungen zu erfüllen, so dass wir, wenn der IAEA-Generaldirektor im März Bericht erstattet, sehen können, ob oder ob nicht Iran seine Verpflichtungen und Auflagen erfüllt hat“, sagte Boucher. Er zeigte sich allerdings skeptisch, dass Iran dazu bereit wäre.

Noch deutlicher hatte sich zuvor der stellvertretende US-Außenminister Richard Armitage geäußert. In einem Interview mit dem Washingtoner Radiosender Salem sagte er: „Es gibt in unseren Köpfen keinen Zweifel daran, dass Iran weiterhin ein Kernwaffenprogramm betreibt“. Die iranische Regierung sei im Abkommen mit der Internationalen Atombehörde „nicht vollständig entgegenkommend“. Deshalb müssten die Vereinigten Staaten ihre Bemühungen „ge-

meinsam mit unseren europäischen Freunden" fortsetzen, damit Iran die Vereinbarungen befolge.

Zuvor hatte der Staatssekretär im US-Außenministerium, John Bolton, bei einer Podiumsdiskussion in Berlin gesagt, die USA würden sich den Einsatz militärischer Gewalt bei der Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen vorbehalten. „Die Schurkenstaaten“, zu denen er auch Iran zählte, „müssen sich auf die Konsequenzen einstellen“, betonte der Staatssekretär.

Pakistanischer Atomwissenschaftler Khan soll Zentrifugenteile an Iran verkauft haben

Nach Erkenntnissen der malaysischen Polizei hat der pakistanische Atomwissenschaftler Abdul Qadeer Khan Mitte der 90er Jahre für drei Millionen Dollar Zentrifugenteile an Iran für dessen Nuklearprogramm verkauft. Der Bericht der malaysischen Polizei stützt sich auf die Aussagen von Seyd Abu Tahir, des mutmaßlichen Hauptfinanziers eines von Khan geleiteten internationalen Atomschmuggelrings. Dieser wurde im Zusammenhang mit seinen Aktivitäten in Malaysia verhört. Seinen angeblichen Aussagen zufolge soll Khan ihn 1994 oder 1995 gebeten haben, zwei Container gebrauchter Zentrifugenteile von Pakistan nach Iran zu senden. Er habe die Lieferung über Dubai nach Iran an Bord eines Handelsschiffes organisiert. Für die Lieferung habe ein namentlich nicht genannter Iraner eine Summe von drei Millionen Dollar gezahlt. Das Geld sei in Dubai in einer Wohnung aufbewahrt worden, in der Khan während seiner Aufenthalte in Dubai gewohnt habe.

Khan hatte den Verkauf von Zentrifugenteilen an Iran und Libyen in einer Fernsehsendung öffentlich zugegeben und sich dafür entschuldigt. Danach wurde er vom pakistanischen Präsident Pervez Musharraf begnadigt.

Reaktionen der EU und USA auf die Wahlen in Iran

Bereits am Wahltag hatte sich eine Mitarbeiterin der EU-Kommission besorgt über den Ablauf der Wahlen geäußert. Die Europäische Union werde besonders wegen den Ereignissen im Vorfeld der Wahlen den Urnengang genau beobachten. Die „Qualität der Demokra-

tie“ beeinflusse die Beziehungen der EU zu allen ihren Partnern, sagte die Mitarbeiterin in Brüssel. Die Vorgänge würden von der Union „sehr ernst“ genommen. Die Mitarbeiterin fügte hinzu, die EU werde ungeachtet des Wahlergebnisses die „Kommunikationskanäle“ nach Teheran weiterhin offen halten.

Nach den Wahlen hat sich die EU tief besorgt über die Schwächung der Reformkräfte in Iran geäußert. Nach Einschätzung der Diplomaten wird die Wahl negative Folgen für die Handelsbeziehungen zwischen Teheran und der EU haben. Die EU-Kommission bezeichnete in Brüssel die Wahlen als „Rückschlag für die Demokratie“. Es sei jedoch noch zu früh, um deren Auswirkungen auf die derzeit ausgesetzten Wirtschaftsverhandlungen einschätzen zu können. In einer gemeinsamen Erklärung der EU-Außenminister heißt es, die EU „drückt ihr tiefes Bedauern und ihre Enttäuschung darüber aus, dass eine große Zahl von Kandidaten am Antreten (...) gehindert wurde und eine demokratische Entscheidung des iranischen Volkes unmöglich wurde“. Sie hoffe auf eine „Rückkehr Irans zu Reform und Demokratisierung“.

Der deutsche Außenminister Joschka Fischer sagte: „Wir waren von Anfang an mit Sorge erfüllt.“ Auch der britische Außenminister Jack Straw kritisierte den Ausschluss von über 2000 Kandidaten durch den Wächterrat. Ablauf und Ausgang der Wahlen würden die Gespräche zwischen Teheran und Brüssel beeinflussen, sagte der Minister, nannte aber keine Details. „Die Wahlergebnisse in Iran werden natürlich ein neues Umfeld für unsere Gespräche schaffen“, sagte er lediglich.

Ein Mitarbeiter der EU-Kommission meinte, solange Iran sein Atomprogramm nicht vollständig offen lege, würden die Verhandlungen über ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen nicht fortgesetzt.

Demgegenüber sagte die österreichische Außenministerin Benita Ferrero-Waldner, die EU werde die Verhandlungen mit Teheran auf jeden Fall fortsetzen. Sie bezeichnete die Wahlen in Iran als enttäuschend, fügte jedoch hinzu, Österreich sei an einem Boykott Irans nicht interessiert. Ihrer Ansicht nach sollte auch der „Konstruktive Dialog“ mit Teheran über Menschenrechte, internationaler Terrorismus und Massenvernichtungswaffen sowie

über den Frieden im Nahen Osten fortgesetzt werden.

Scharfe Kritik am Wahlvorgang übte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Gernot Erler. „Das war keine freie Wahl, sondern eine üble Manipulation“, sagte er der Berliner Zeitung. Das Land werde es nun viel schwerer haben, „den Weg aus der Isolation zurück in die Völkergemeinschaft zu beschreiten“. Die Hand der Europäer müsse aber ausgestreckt bleiben, damit die Chance auf Reformen nicht vertan werde.

Ähnlich äußerten sich der Außenexperte der Union, Friedbert Pflüger, und der Iranberichterstatte der Unionsfraktion, Ruprecht Polenz. Beide erklärten, die Wahl sei schon in Anbetracht der Ereignisse im Vorfeld weder frei noch fair gewesen. „Das neue Parlament besitzt keine Legitimation“. Deutschland müsse, um sich ein Bild von der wirklichen Lage im Land machen zu können, auch in Zukunft regelmäßige Kontakte zu politisch bedeutsamen Gruppierungen in Iran unterhalten, die ihre Ziele gewaltfrei vertreten. Die beiden Abgeordneten forderten, die Europäische Union müsse in ihrer Iran-Politik noch konsequenter daran festhalten, dass Fortschritte unter anderem bei Verhandlungen über ein Handels- und Kooperationsabkommen an Bedingungen geknüpft werden.

Abweichend von dieser Stellungnahme äußerte sich der außenpolitische Sprecher der SPD, Gert Weisskirchen, im „Handelsblatt“. „Erst einmal müssen wir abwarten, welche Politik die neue Regierung in Teheran verfolgen wird“, mahnte er. So unrepräsentativ die Wahlen gewesen seien, im Grund habe sich nicht viel geändert. „Denn die Macht in Teheran lag schon vorher in den Händen der Konservativen.“ Die EU sollte daher den auf dem EU-Gipfel im griechischen Thessaloniki eingeschlagenen Weg des „konditionierten Dialogs“ beibehalten.

Demgegenüber äußerte der Vorsitzende der deutsch-iranischen Parlamentariergruppe im Bundestag, Rudolf Bindig (SPD), die Befürchtung, die Wahl würde der Reformbewegung ein Ende setzen. „Das zarte Pflänzchen der Reformen scheint ausgetreten“, sagte er im Deutschland Radio Berlin. Er bedauere, dass die Reformer uneinheitlich aufgetreten seien und zum Boykott aufgerufen hätten.

Auch Washington hat die Parlamentswahlen als einen Rückschlag für die Reformbewegung bezeichnet. Dennoch sehe die amerikanische Regierung darin nicht das Ende der Demokratiebewegung des iranischen Volkes, sagte Außenamtssprecher Richard Boucher in Washington. „Unserer Ansicht nach wird der Reformdruck und die Forderung nach Demokratisierung trotz des Rückschlags, den diese Wahlen darstellen, anhalten.“

Vorsitzender der britisch-iranischen Handelskammer legte Amt nieder

Lord Peter Temple-Morris, Mitglied des House of Lords und Vorsitzender der britisch-iranischen Handelskammer, legte aus Protest gegen die Vorgänge um die Parlamentswahlen in Iran sein Amt nieder. Morris, ein Iran-Experte, der mehrmals begleitet von Wirtschaftsdelegationen in Teheran über britisch-iranische Wirtschaftsbeziehungen Verhandlungen geführt hat, erklärte in einem Interview mit „Radio Farda“, er habe dem House of Lords die Gründe für seinen Rücktritt dargelegt. Nun könne er ohne diplomatische Rücksichtnahme seine Kritik an den Vorgängen in Iran öffentlich vortragen.

„Mein Rücktritt hat eigentlich mit der Handelskammer nichts zu tun“, sagte Morris. „Ich wünsche der Kammer weiterhin viel Erfolg.“ Er sei jedoch kein Kaufmann und habe auch vom Handel zwischen Großbritannien und Iran keinerlei persönliche Vorteile. „Ich bin ein Politiker und habe während meiner Tätigkeit als Vorsitzender der Handelskammer stets die politische Entwicklung in Iran aufmerksam verfolgt“. Doch er habe sich immer mit seiner Kritik zurückhalten müssen.

Der Lord bezeichnete die Wahlen in Iran als manipuliert. Aber noch mehr als die Wahlen beschäftige ihn die Frage, ob Demokratie und Islam miteinander zu vereinbaren seien. Er sei jedenfalls der Auffassung, dass sich jene Interpretation des Islam, die sich in der iranischen Verfassung niedergeschlagen habe, unter keinen Umständen an demokratischen Strukturen anpassen könne. Denn der Wille des Volkes könne stets durch ein Veto des Wächterrats oder des Revolutionsführers zurückgewiesen bzw. ignoriert werden.

„Ich glaube nicht, dass ein solches System von langer Dauer sein kann“, sagte Morris. „Ich bin ebenso der Mei-

nung, dass Beziehungen zu so einem Regime weder stabil noch nützlich sein können." Er sei durchaus nicht gegen einen konstruktiven Dialog mit der Islamischen Republik. Doch nun müsse Großbritannien bei diesem Dialog seine Kritik ganz offen vorbringen. Dafür werde er sich von nun an stärker einsetzen.

Deutschland unterstützt Wiederaufbau der vom Erdbeben zerstörten Stadt Bam

Wie das Bundesministerium für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) bekannt gab, wird Deutschland den Wiederaufbau der Erdbebenregion um Bam mit rund zwei Millionen Euro unterstützen. Geplant sei ein „Haus des Kindes“ für Waisen und eine Berufsschule, die besonders auch Mädchen Ausbildungschancen biete. Zudem werde die Behandlung von traumatisierten Kindern und Jugendlichen gefördert. Auch Witwen sollen Beratung und Unterstützung erhalten.

Nach Informationen der Behörden in Bam haben schätzungsweise 2000 Kinder durch das Erdbeben am 26. Dezember ihre Eltern verloren. „Wir dürfen die Menschen in Bam – jetzt nachdem die Fernsehbilder verblassen – mit den Folgen des fürchterlichen Erdbebens nicht alleine lassen“, sagte Entwicklungsministerin Heidemarie Wieceorek-Zeul (SPD) in Berlin.

Indes bat Iran die Völkergemeinschaft um 13tausend fertig gebaute Häuser. Bislang ist lediglich die Türkei dieser Bitte durch die Lieferung von 800 Häusern nachgekommen. Zurzeit leben rund 90tausend Erdbebengeschädigte in Zelten. Die Versorgung der Opfer habe sich zwar gebessert, sagte ein Journalist am Ort. Es gäbe jetzt Zeltlager mit Waschbecken und Duschen. Aber vor allem die psychischen Folgen der Katastrophe seien für die Betroffenen noch stark belastend.

Prinz Charles' überraschender Besuch in Iran

Wenige Tage vor den Parlamentswahlen traf der britische Thronfolger Prinz Charles aus der südirakischen Stadt Basra kommend überraschend, ohne Vorankündigung in Teheran ein. In Basra hatte er britische Truppen besucht. Er wurde von Staatspräsident Chatami empfangen. Dies war die erste Begegnung zwischen einem Mitglied des britischen

Königshauses und einem Regierungsvertreter der Islamischen Republik. Als Ziel der Reise wurde ein Besuch in der vom Erdbeben heimgesuchten Stadt Bam angegeben. Chatami und Prinz Charles betonten nach ihrem Treffen in Teheran, der Besuch und auch ihr Gespräch seien rein humanitär und nicht politisch. Dennoch rief der Besuch in der iranischen Bevölkerung Skepsis hervor. Der Grund lag einerseits darin, dass enge und geheime Beziehungen zwischen den Konservativen in Iran und der britischen Staatsführung allgemein bekannt sind und zum anderen darin, dass der Besuch just wenige Tage vor den Wahlen stattgefunden hat. Eine Rolle spielen selbstverständlich auch die negativen historischen Erfahrungen mit der Politik Großbritanniens, an die sich sicherlich viele Menschen in Iran erinnern. Selbst jetzt vertreten viele, besonders die älteren, die Meinung, England stecke hinter allem, was in Iran geschehe.

Botschafter Deutschlands in Teheran traf Ayatollah Montazeri

Der Besuch des deutschen Botschafters in Teheran, Paul Freiherr von Maltzahn, beim regimekritischen Großayatollah Hussein Ali Montazeri in der heiligen Stadt Ghom erregte in Iran großes Aufsehen. Montazeri war zu Beginn der Revolution der engste Gefährte Ayatollah Chomeinis, der ihn zunächst zu seinem Nachfolger ernannte. Aber als Montazeri die Vorgänge im Land, insbesondere den brutalen Umgang mit Oppositionellen und die Folterungen in den Gefängnissen kritisierte, fiel er in Ungnade. Er hatte Jahre lang Hausarrest. Erst vor kurzem wurde ihm der Ausgang erlaubt. Heute gehört er zu den schärfsten und wohl einflussreichsten Kritikern der konservativen Islamisten.

Der Besuch des deutschen Botschafters bei ihm war umso überraschender als man in Iran allgemein weiß, dass gerade die deutsche Regierung bei den Kontakten zu Kreisen außerhalb der Staatsmacht und erst recht zu Kreisen der Regimekritiker stets mehr als nötig Vorsicht walten lässt.

Von Maltzahn war der erste westliche Diplomat, dem ein Treffen mit dem Großayatollah gewährt wurde. Laut Presseberichten wurde bei dem Treffen über die USA, Israel und Irak gesprochen. Das sind für die Islamische Re-

publik die heikelsten Themen. Nach dem Besuch dementierte das iranische Außenministerium, das Treffen koordiniert zu haben, obwohl es für alle Belange der ausländischen Diplomaten zuständig ist.

Montazeri hatte dem Deutschen Bundestag für dessen Solidarität mit Parlamentsabgeordneten, deren erneute Kandidatur für einen Sitz im Parlament verboten wurde, gedankt.

Bei den Konservativen löste der Besuch Zorn und Empörung aus. Rechte Zeitungen sprachen von einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes. Die Tageszeitung „Djomhuri-e Eslami“, die als Sprachrohr des Revolutionsführers gilt, schrieb: „Deutschland hat in den letzten Monaten den guten Willen Irans in unverschämter Weise ausgenutzt und sich in Angelegenheiten, die die nationale Sicherheit Irans gefährden, eingemischt.“ „Deutschland braucht mal wieder einen Ruffel“ forderte das Blatt in einem Leitartikel.

Deutsche Justiz ermittelt erneut gegen iranische Auftragskiller

Nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Focus“ ermittelt die Bundesstaatsanwaltschaft mehr als zehn Jahre nach den bislang unaufgeklärten Morden an zwei iranischen Dissidenten in Hamburg und Bonn erneut gegen mutmaßliche Auftragskiller. Nach Aussagen der Behördensprecherin Frauke-Katrin Scheuten hätten die Ermittler „mehrere Komplexe mit nachrichtendienstlichem Hintergrund“ untersucht. Nähere Angaben zu den Ermittlungen, die die deutsch-iranischen Beziehungen erneut schwer belasten könnten, habe sie abgelehnt.

Beim ersten Mordopfer handelt es sich um den damals 36-jährigen Luftwaffen-Major Ali Akbar Mohammadi. Der Chefpilot des damaligen iranischen Staatspräsidenten Haschemi Rafsandjani war im August 1986 mit dem Regierungsjet nach Bagdad geflohen und hatte sich von dort nach Hamburg abgesetzt. Er soll in Deutschland US-Geheimdienste über die iranische Landesverteidigung informiert haben. Mohammadi wurde am 16. Januar 1987 von zwei Killern mit fünf Kopfschüssen getötet.

Beim zweiten Opfer der angeblichen Teheraner Todesschwadron handelte es sich laut „Focus“ um den damals 48-jährigen iranischen Dissidenten und

Sänger Freydoun Farokhzad, der am 6. August 1992 tot in seiner Bonner Wohnung aufgefunden worden sei. Unbekannt hätten ihn durch Messerstiche in Mund und Rücken getötet. Farokhzad habe sich in Musik-Videos zu seiner Homosexualität bekannt und intime Beziehungen zu Mullahs in Teheran angedeutet. Dies sei offenbar sein Todesurteil gewesen.

Als Hauptzeuge erwähnt „Focus“ einen angeblichen Offizier des iranischen Geheimdienstes. Der Mann mit dem Decknamen Hamid Reza Zakeri sei kürzlich im Prozess gegen den freigesprochenen mutmaßlichen Terrorhelfer Abdelghani Mzoudi als unglaubwürdig eingestuft worden, da er nach Auffassung des Gerichts nur Informationen von Dritten geliefert hatte. In den beiden erwähnten Morden soll er jedoch nach Auffassung der Bundesanwaltschaft und des Bundeskriminalamts sein Fachwissen, das er beim iranischen Geheimdienst erworben hat, präsentiert haben.

Vor sieben Jahren, am 10. April 1997, hatte das Berliner Kammergericht die staatliche iranische Führung für den Terroranschlag auf das Berliner Restaurant „Mykonos“, bei dem 1992 vier kurdische Oppositionelle ermordet worden waren, verantwortlich gemacht. Als Haupttäter wurden der Iraner Kazem Darabi und der Libanese Abbas Rhayel zu lebenslanger Haftstrafen verurteilt. Die beiden sollen nun im Rahmen eines möglichen zweiten Gefangenenaustausches zwischen Israel und der libanesischen Hizbollah, bei dem auch Deutschland sowie Iran als Vermittler mitwirken, freigelassen werden.